

Der Antifaschismus der PDS

Von Tim Peters

Die Druckfassung ist erschienen in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.),
Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Band 15, Baden-Baden 2003, S. 177-193.

1. Einführende Überlegungen

Mit der friedlichen Revolution 1989 verlor die SED/PDS als führende Partei der Arbeiterklasse nicht nur ihre Macht, sondern auch ihr festgefügtes ideologisches Weltbild. Der Sozialismus war nach dem Zusammenbruch der DDR tiefgreifend diskreditiert. Als einer der wenigen ideologischen Fixpunkte der SED/PDS hatte der Antifaschismus weitgehend unbeschadet die »Wende« überstanden und galt selbst bei überzeugten SED-Gegnern als positive Hinterlassenschaft der gescheiterten DDR.¹ Somit verwundert es nicht, daß der Antifaschismus von Anfang an eine zentrale Rolle in der politischen Strategie der PDS übernahm. Unter den Stichworten Antifaschismus und »Kampf gegen Rechtsextremismus« versuchte die PDS, ihre desorientierten Mitglieder und Wähler zu mobilisieren sowie ihre Anfang der neunziger Jahre bestehende politische und gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen. »Entschlossenes Handeln gegen Rechtsextremismus« wird bei der Frage nach den wichtigsten künftigen PDS-Aktivitäten von 70 Prozent der PDS-Mitglieder sowie 78 Prozent der PDS-Amtsträger als »wichtig« oder »sehr wichtig« bezeichnet.² Nur das »Eintreten für soziale Gerechtigkeit« erzielt noch höhere Werte. Chrapa und Wittich bezeichnen das Eintreten für soziale Gerechtigkeit sowie gegen Rechtsextremismus denn auch als »Super-Werte«³ in der Mitgliedschaft der PDS.

Das Festhalten am Begriff des Antifaschismus ist nicht per se als Beweis für eine antidemokratische Gesinnung zu werten. Wer mit Antifaschismus ausschließlich den Kampf gegen rechtsextremistische Bestrebungen meint, leistet mit diesem Engagement einen Beitrag zur Verteidigung des demokratischen Verfassungsstaates. Aber nicht jeder, der sich als Antifaschist bezeichnet, versteht sich automatisch als Demokrat. Soweit mit Antifaschismus im Sinne der kommunistischen Dimitroff-Formel⁴ der Kampf gegen das gesamte kapitalisti-

¹ Vgl. Rainer Eppelmann zur Eröffnung der 30. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« am 5. März 1993, in: Materialien der Enquete-Kommission (12. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Band III, Baden-Baden/Frankfurt a.M. 1994, S. 95-97.

² Vgl. Michael Chrapa/Dietmar Wittich, Die Mitgliedschaft, der große Lämmel... . Studie zur Mitgliederbefragung 2000 der PDS, Berlin 2001, S. 14.

³ Ebd.

⁴ Nach der berühmten Dimitroff-Formel ist Faschismus die »offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«. Die Definition geht auf einen Beschluß auf dem XIII. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933 zurück und wurde nach dem späteren Komintern-Vorsitzenden Georgi Dimitroff benannt.

sche und bürgerliche System gemeint ist, wird Antifaschismus selbst zu einer Gefahr für die freiheitliche demokratische Ordnung. Hinzu kommt, daß Antifaschisten, die selbst offen linksextremistische und verfassungsfeindliche Kräfte in ihren Reihen dulden oder mit diesen kooperieren, kein zuverlässiger und glaubwürdiger Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus sein können.

Unter diesen Prämissen wird versucht, den Nachweis zu führen, inwieweit der Antifaschismus der PDS ein Beitrag zur Stärkung des demokratischen Verfassungsstaates ist und ob bzw. inwieweit er selbst einen Angriff auf diesen darstellt. Der demokratische Verfassungsstaat⁵ – und nicht der Antifaschismus – wird dabei als tatsächlicher Gegensatz zu Faschismus und Rechtsextremismus angesehen. Eine Idealisierung der antifaschistischen Arbeit der PDS ist dabei ebenso abzulehnen wie deren Dämonisierung. Eine sachliche Darstellung der positiven wie negativen Aspekte des Antifaschismus der PDS aus antiextremistischer Sicht dient dem demokratischen Verfassungsstaat am meisten.

2. Organisation des Antifaschismus in und bei der PDS

Die wichtigste Gliederung für die antifaschistische Arbeit in der PDS ist die *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus*. Sie wurde am 25. September 1990 gegründet und ist eine vom Parteivorstand offiziell anerkannte Arbeitsgemeinschaft.⁶ Das Datum der Gründung war kein Zufall. Der Großteil der Gründer dieser AG kam aus dem Hochschulbereich der DDR, ein besonders hoher Anteil von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED.⁷ Nahezu alle von ihnen waren langjährige Mitglieder der SED gewesen und hatten vielfältige haupt- und nebenamtliche Positionen im Parteiapparat bekleidet. Zum 1. September 1990 waren die meisten von ihnen aus dem Hochschuldienst entlassen worden. Somit konnte die PDS in der *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* auf ein wertvolles Po-

⁵ Vgl. Uwe Backes/Eckhard Jesse, *Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland*, 4. Aufl., Bonn 1996, S. 37-40.

⁶ Vgl. zur Entwicklung der AG: Klaus Böttcher, *Zur antifaschistischen Arbeit der PDS seit 1990, Persönliche Erinnerungen und Anregungen*, in: Rundbrief der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus, 1+2/2003, S. 60-65; Klaus Böttcher/Norbert Madloch/Werner Paff/Rolf Richter, *Nachdenken über Antifaschismus*, Manuskript, Berlin 1995.

⁷ Folgende führende Mitglieder der AG arbeiteten an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED: Roland Bach, geb. 1930, Professor am Institut für Wissenschaftlichen Kommunismus, Forschungsbereich »Jugendpolitik der SED«, zuvor Leiter der Forschungsstelle für Jugendfragen beim Zentralrat der FDJ; Norbert Madloch, geb. 1931, Dozent am Institut für Imperialismusforschung; Werner Paff, geb. 1927, gest. 2003, Direktor des Instituts für Imperialismusforschung; Rolf Richter, geb. 1945, Professor am Institut für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung; weitere PDS-Mitglieder, die in der AG mitarbeiten, waren an anderen Hochschulen oder zentralen Bildungseinrichtungen der DDR beschäftigt: Klaus Böttcher, geb. 1941, Direktor der FDJ-Jugendhochschule »Wilhelm Pieck« in Bogensee bei Bernau; Ludwig Elm, geb. 1934, Professor für Marxismus/Leninismus an der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Karl-Heinz Gräfe, geb. 1938, Professor an der Pädagogischen Hochschule »K.F.W. Wander« Dresden; Manfred Weißbecker, geb. 1935, Professor für Geschichte an der Universität Jena; Kurt Pätzold, geb. 1930, Professor für Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin.

tential an »Turbo-Rentnern«⁸ zurückgreifen. Die Kehrseite der hohen personellen Kontinuität aus dem Wissenschaftsbereich der DDR ist allerdings, daß bei vielen Mitgliedern der AG bis heute eine ideologische Nähe zur DDR und SED zu erkennen ist, die sich bis in die Sprache und Begrifflichkeiten fortsetzt. Eine kritische Auseinandersetzung mit dem historischen Antifaschismus der SED fällt vielen auf Grund der eigenen biographischen und ideologischen Nähe schwer. Das gilt allerdings nicht für alle Mitglieder der AG. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften besaß schon zu DDR-Zeiten den Ruf eines Sammelbeckens für Intellektuelle, die zwar von der sozialistischen Idee begeistert waren, aber nicht unbedingt von deren real existierender Form.⁹ An der Akademie gab es bereits in den achtziger Jahren kritische Diskussionen über die Herrschaft des SED-Regimes. Daher überrascht es nicht, daß im Umfeld der neu gegründeten AG kurz nach der »Wende« sehr kritische Worte zur DDR zu vernehmen waren.¹⁰ Diese fanden sich später nicht in derselben Deutlichkeit in offiziellen Beschlüssen der PDS wieder.

In ihrem Gründungspapier sah die AG ihre Aufgabe vor allem in der »kontinuierlichen Information innerhalb der PDS sowie darüber hinaus der Öffentlichkeit über Entwicklungen und Verflechtungen im rechtsextremen Spektrum sowie über antifaschistische Aktivitäten der verschiedensten Parteien, Bewegungen und Initiativen«.¹¹ Nach der Einschätzung von Klaus Böttcher, der die AG von 1990 bis 2000 als hauptamtlicher Mitarbeiter des Parteivorstandes betreute und der bis heute Mitglied des Sprecherrates ist, bekannte sich die AG von Anfang an zum antifaschistischen Grundverständnis der PDS wie zu den historischen Leistungen des Antifaschismus. Zugleich habe die AG aber in aller Deutlichkeit auch dessen Defizite, Fehler und Irrtümer in der DDR benannt und notwendige Klärungsprozesse gefordert.¹² Die AG bezeichnet es in ihrer aktuellen Selbstdarstellung auf der Webseite der PDS als ihre wichtigste Aufgabe, ständig »die Gefahren von Rechts deutlich zu machen und Zivilcourage und Widerstand herauszufordern«.¹³ Nach Ansicht der AG bleibt der Antifaschismus auch

⁸ Harald Bergsdorf, Extremismusbegriff im Praxistest: PDS und REP im Vergleich, in: Uwe Backes/Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 14, Baden-Baden 2002, S. 65.

⁹ Vgl. Jörn Schütrumpf, Steuerung und Kontrolle der Wissenschaft durch die SED-Führung am Beispiel der Akademie der Wissenschaften der DDR unter Berücksichtigung der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, 26. März 1993, in: Materialien der Enquete-Kommission (FN 1), Band III, S. 359-374.

¹⁰ Vgl. Rolf Richter, Über Geschichte und Gegenwärtiges des Antifaschismus aus ostdeutscher Sicht, in: »In der Diskussion Neofaschismus.« Dokumentation des internationalen Kolloquiums »Humanismus in der Verantwortung – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Nationalismus«, Berlin 4./5. Okt. 1991, S. 48-53; Norbert Madloch, Rechtsextremismus in der Endphase der DDR und nach dem Zusammenschluß von BRD und DDR – Fakten und Ursachen, Manuskript, 17. Jan. 1991.

¹¹ Zitiert nach Klaus Böttcher, Sind die Gründungsziele der Bundes-AG Rechtsextremismus/Antifaschismus erreicht?, in: Rundbrief der AG Antifaschismus/Rechtsextremismus, 1/2001.

¹² Ebd.

¹³ Selbstdarstellung der AG bei http://www.pds-online.de/partei/strukturen/agigs/ag_rechtsextremismus/index.htm (Stand aller Internetseiten: 14. April 2003).

nach der Wahlniederlage der PDS bei den Bundestagswahlen 2002 Konsens.¹⁴ Die AGs, IGs und Plattformen sowie Arbeitskreise in der PDS werden laut Finanzplan¹⁵ im Jahr 2003 mit insgesamt 100.000 Euro berücksichtigt. Davon entfallen 2.500 Euro auf die AG *Rechtsextremismus/Antifaschismus*, die damit zu den besser ausgestatteten Gruppen gehört. Daneben kann die AG noch auf den gemeinsamen Reisekostenfonds der AGs und IGs zurückgreifen, der im Jahr 2003 mit 35.000 Euro beziffert ist.

Die AG *Rechtsextremismus/Antifaschismus* besaß zu Beginn des Jahres 2003 einen siebenköpfigen Sprecherrat, dem mit Norbert Madloch, Roland Bach, Rolf Richter und Klaus Böttcher vier DDR-Wissenschaftler sowie mit Matthias Gärtner, Jürgen Plagge-Vandelaar und Peer Jürgens drei jüngere Vertreter aus Ost und West angehörten.¹⁶ Ein Mitglied des Sprecherrates, das mit faktenreichen und differenzierten Darstellungen des Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern hervorsticht, ist Norbert Madloch.¹⁷ In einer von ihm herausgegebenen umfangreichen Auswahlbibliographie »Rechtsextremismus in der DDR und den neuen Bundesländern« sind über 700 Titel enthalten und darüber hinaus mehrere regelmäßig erscheinende antifaschistische Zeitschriften aufgeführt.¹⁸ Vor allem Madloch fordert in der PDS immer wieder eine neue Form der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus abseits des altbekannten SED-Antifaschismus.¹⁹

Die hohe Sachkenntnis der AG wurde und wird auch bei der PDS im Bundestag geschätzt und gerne in Anspruch genommen – beispielsweise bei der Formulierung von Kleinen Anfragen und Anträgen.²⁰ Die AG führt in Zusammenarbeit mit der PDS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine umfangreiche Bildungsarbeit durch. Ihre Mitglieder stehen auch als Referenten für Bildungsveranstaltungen Dritter zur Verfügung. Höhepunkt des Jahres bildet

¹⁴ Vgl. Antifaschismus bleibt Konsens in der PDS. Bericht von der Beratung des Sprecherrates der Arbeitsgemeinschaft Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Parteivorstand der PDS am 28. Okt. 2002, in: PDS-Pressedienst Nr. 45 vom 7. Nov. 2002.

¹⁵ Vgl. Jahresfinanzplanung der PDS 2003, Beschluß des Parteirates v. 1. März und des Parteivorstandes v. 22. Feb. 2003, in: Disput Heft 3/2003, S. 30 f.

¹⁶ Matthias Gärtner, geb. 1972, ist innenpolitischer Sprecher der PDS-Landtagsfraktion Sachsen-Anhalt; Peer Jürgens, geb. 1980, ist Student und 1. Stellv. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung von Erkner; Heinz-Jürgen Plagge-Vandelaar, geb. 1955 im nordrhein-westfälischen Willich, studierte 1985/86 in der DDR und ist seit 1990 Mitglied der PDS. Bei den Bundestagswahlen 2002 war der damalige Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion Direktkandidat im Wahlkreis 110 Mönchengladbach. Seit April 2003 gehören außerdem Horst Helas und Reiner Zilkenat dem Sprecherrat an, vgl. den Artikel: In der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nicht nachlassen. Von der Beratung der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, in: PDS-Pressedienst Nr. 20 vom 15. Mai 2003.

¹⁷ Vgl. Norbert Madloch, Rechtsextremismus in Deutschland nach dem Ende des Hitlerfaschismus, in: Klaus Kinner/Rolf Richter, Rechtsextremismus und Antifaschismus, Berlin 2000, S. 57-214; ders., »Superwahljahr 1994«. Rechtsextremismus in Ostdeutschland zwischen Einfluß und Niederlage, Berlin 1995; ders., Rechtsextremismus in den neuen Bundesländern und was dagegen getan werden kann, in: Droht uns ein neues 33? Analysen zum heutigen Rechtsextremismus, Berlin 1993.

¹⁸ Vgl. Norbert Madloch, Rechtsextremismus in der DDR und in den neuen Bundesländern, Auswahl-Bibliographie, Bücher – Studien – Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, überarb. und erw. 2. Fassung, Berlin 2002, <http://www.rosalux.de/Aktuell/Thema/NBL-Bib.pdf>.

¹⁹ Vgl. Norbert Madloch/Klaus Böttcher, Dummköpfe in Schnürstiefeln? Grundsätzlich falsch, Neue Fragen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus, in: Disput Heft 4/2002, S. 32 f.

seit 1991 eine Jahreskonferenz der PDS zum Thema Rechtsextremismus und Antifaschismus, die in Verantwortung der AG vorbereitet und durchgeführt wurde. Die letzte derartige Konferenz fand unter dem Titel »Für eine tolerante Gesellschaft – gegen Rechtsextremismus und Rassismus« am 12. Mai 2001 in Berlin statt.²¹ Am 8./9. November 2002 gab es in Zusammenarbeit mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine zweitägige Veranstaltung zum Thema »Zur Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus«. Seit 1997 publiziert die AG einen Rundbrief, der in der Regel dreimal im Jahr erscheint und über Entwicklungen im Bereich des Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus und Rechtspopulismus berichtet. Die jüngeren Ausgaben können über das Internetangebot der PDS eingesehen werden. Neben dem Rundbrief gibt die AG weitere Publikationen heraus und unterstützt Veröffentlichungen der PDS und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Neben der *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* befassen sich weitere Bundes-Arbeitsgemeinschaften in der PDS mit den Themen Rechtsextremismus und Antifaschismus. Oft greifen die anderen AGs/IGs dabei auf den Sachverstand der *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* zurück. Dies zeigt, daß das Thema als Querschnittsaufgabe für die gesamte Partei verstanden wird.

Auch für die PDS-Jugend ist Antifaschismus ein wichtiges Thema. Sie will über Antifaschismus aber nicht nur diskutieren, sondern auch handeln. In einem Grundsatzpapier der *AG Junge GenossInnen in und bei der PDS Sachsen* heißt es: »Faschistisches und neokonservatives Gedankengut sowie seine Träger müssen mit Wort und Tat bekämpft werden.«²² Es verwundert daher wenig, daß PDS-Jugendgruppen regelmäßig gemeinsam mit »autonomen« Antifa-Gruppen Demonstrationen oder andere Aktionen gegen tatsächlichen und vermeintlichen Rechtsextremismus veranstalten. Häufig kommen Funktionäre der PDS-Jugend ebenso wie überhaupt jüngere PDS-Funktionäre aus der Antifa-Arbeit.²³

Neben der Bundesebene findet antifaschistische Arbeit in der PDS auf Landesebene sowie vor Ort statt. In Sachsen wurde vom PDS-Landesverband im Jahr 2000 ein »Antifaschistisches Aktionsprogramm« verabschiedet.²⁴ Der Berliner Landesverband verabschiedete im Jahr 2000 einen Beschluß »Rechtsextremismus als Herausforderung für die PDS«, der in einem eigens zum Thema Rechtsextremismus aufgelegten Band der Berliner PDS veröf-

²⁰ Vgl. Archiv des PDS-Parteivorstandes, Fax von Ulla Jelpke und Helmut Schröder an die AG Rechtsextremismus, 29. März 1995.

²¹ Vgl. Petra Pau/Dominic Heilig (Hrsg.), Für eine tolerante Gesellschaft – gegen Rechtsextremismus und Rassismus, Berlin 2001; Patrick Moreau/Rita Schorpp-Grabiak, »Man muss so radikal sein wie die Wirklichkeit« – Die PDS: eine Bilanz, Baden-Baden 2002, S. 170-172.

²² Grundsatzpapier der AG »Junge GenossInnen« in und bei der PDS Sachsen, <http://pds-sachsen.de/ag/jg/grund/grundsatz2000.htm>.

²³ Z.B. der PDS-Spitzenkandidat der Landesliste Rheinland-Pfalz bei den Bundestagswahlen 2002, Jürgen Locher; Steffen Dittes, PDS-Landtagsabgeordneter in Thüringen; Matthias Gärtner, PDS-Landtagsabgeordneter in Sachsen-Anhalt; Arne Seeliger, Ex-PDS-Landesschatzmeister in Schleswig-Holstein und Spitzenkandidat zur Bundestagswahl 2002; Thorsten Spelten, Mitglied im PDS-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen.

²⁴ Vgl. Antifaschistisches Aktionsprogramm der PDS Sachsen, beschlossen auf der 2. Tagung des 6. Landesparteitages in Reichenbach, 25./26. Nov. 2000.

fentlicht wurde.²⁵ In der politischen Bildungsarbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung stellt die Arbeit zum Thema Rechtsextremismus und Antifaschismus einen besonderen Schwerpunkt dar.²⁶ Im Internetangebot der Stiftung gibt es eine umfangreiche Themenseite zum Rechtsextremismus.²⁷ Auch bei den regionalen PDS-nahen Bildungswerken spielt das Thema Rechtsextremismus eine hervorgehobene Rolle.

Ein starker Partner in der antifaschistischen Arbeit der Partei war bis 2002 die PDS-Bundestagsgruppe bzw. -fraktion. Diese besaß im Vergleich zur Partei eine deutlich bessere organisatorische und finanzielle Ausstattung. Im Rahmen der parlamentarischen Arbeit der PDS nahm das Thema Rechtsextremismus und Antifaschismus eine hohe Bedeutung ein. Besonders gerne bedienten sich die PDS-Parlamentarier des Instrumentes der Kleinen Anfrage. Auf diesem Wege konnte die PDS einfach und schnell die Aufmerksamkeit auf tatsächliche oder vermeintliche rechtsextremistische Bestrebungen richten. Vor allem die parteilose PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke stellte in der Zeit ihrer Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag von 1990 bis 2002 regelmäßig Anfragen über Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund und andere tatsächliche oder vermeintliche Entwicklungen im rechtsextremistischen Bereich.²⁸ Die PDS-Abgeordnete Petra Pau setzt seit 2002 zumindest die Tradition der monatlichen Anfragen nach rechtsextremistischen Straftaten fort. Die beiden verbliebenen PDS-Einzelabgeordneten können aber die vorher von der Fraktion geleistete Arbeit nicht im selben Umfang fortsetzen, da ihnen deutlich weniger Rechte, weniger Gelder und weniger Mitarbeiter zur Verfügung stehen. In den neuen Ländern ist die Arbeit der Landtagsfraktionen nach dem Verlust des Fraktionsstatus der PDS im Bundestag noch wichtiger geworden.²⁹ Zuletzt startete die PDS-Landtagsfraktion Sachsen im Rahmen ihres antifaschistischen Handlungskonzeptes eine Massenpetitions-Kampagne mit der Forderung nach einer »antifaschistischen Klausel« für das Grundgesetz.³⁰

Eine enge Zusammenarbeit pflegt die PDS mit der vom Verfassungsschutz als links-extremistisch eingestuften *Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten* (VVN-BdA), die als wichtigste und mitgliederstärkste Vorfeldorganisation im antifaschistischen Bereich gilt.³¹ Bei der VVN-BdA handelt es sich um die

²⁵ Vgl. Rechtsextremismus als Herausforderung für die PDS, 7. Landesparteitag der PDS Berlin, 3. Tagung, 20. Mai 2000, in: PDS-Landesvorstand Berlin (Hrsg.), Kein Sommerloch, Diskussionen – Strategien – Differenzen, Berlin 2000, S. 57-60.

²⁶ Vgl. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Jahresbericht 2001, Berlin 2002, S. 6.

²⁷ <http://www.rosalux.de/Aktuell/Thema/rechtsextr.htm>.

²⁸ Alleine in der 13. Legislaturperiode wurden von der PDS im Bereich Rechtsextremismus 138 Kleine Anfragen gestellt. Vgl. Böttcher (FN 6), S. 65.

²⁹ Vgl. zur Arbeit der Landtagsfraktionen z.B.: PDS-Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin, Gegen rechte Gesinnung in jungen Köpfen, Parlamentarische Initiativen und Anfragen, Berlin 2000.

³⁰ Vgl. Neues Deutschland v. 8./9. Febr. 2003.

³¹ Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2002, Berlin 2003, S. 134-137; Bundesamt für Verfassungsschutz, »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« (VVN-BdA). Organisation – Entwicklung – Aktionsfelder – Wirkungen 1947-1997, Köln 1997.

deutschlandweite Dachorganisation mehrerer antifaschistischer Verbände und Gruppen aus Ost und West, die sich bei einem Kongreß am 5./6. Oktober 2002 in Berlin zusammenschlossen. In den neuen Bundesländern hatten sich am 25. März 2000 der *Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener* (IVVdN) und der 1990 neu gegründete BdA (Ost) zu einem einheitlichen Verband namens VVdN-BdA zusammengeschlossen. Bei den Bundestagswahlen 2002 gaben ca. 30 vor allem westdeutsche PDS-Kandidaten eine Mitgliedschaft oder weiteres Engagement in der VVN-BdA an.³² Der niedersächsische Landessprecher der VVN-BdA, Gerd Bornemann, war parteiloser PDS-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen 2003. Der ehemalige SEW-Funktionär und Parlamentarische Geschäftsführer der Berliner PDS-Fraktion, Uwe Doering, ist einer der führenden Berliner VVN-BdA-Funktionäre. Zwischen PDS und VVN-BdA besteht auf Bundesebene ein regelmäßiger inhaltlicher Austausch. Beide Seiten besuchen gegenseitig Veranstaltungen bzw. treten bei diesen als Referenten auf. In den zentralen Führungsgremien der VVN-BdA konnten PDS-Mitglieder sowie der Partei nahestehende Kräfte nach der Fusion ihren Einfluss ausbauen.³³

Das Verhältnis zwischen »autonomen« antifaschistischen Gruppen und der PDS ist als zwiespältig zu bezeichnen. Aus der Sicht der »autonomen« Antifaschisten bietet die Zusammenarbeit mit der PDS den Zugriff auf Infrastruktur – beispielsweise in Form von Räumen.³⁴ Grundsätzlich lehnen die meisten »autonomen« antifaschistischen Gruppen aber eine dauerhafte und engere Kooperation mit Parteien ab. Selbst die PDS wirkt aus ihrer Sicht in vielen Fällen zu staatstragend.³⁵ Gerade ältere PDS-Mitglieder haben dagegen Schwierigkeiten mit den Motiven und dem Aktionismus junger »autonomer« Antifaschisten.³⁶ Lokale PDS-Gliederungen in den neuen Ländern bevorzugen teilweise lokale Bündnisse unter breitem Einschluß von anderen Parteien und Organisationen und stehen dem »Demonstrationstourismus« von »autonomen« Antifaschisten kritisch gegenüber.³⁷ West-Verbände der PDS treten regelmäßig und ohne Schwierigkeiten gemeinsam mit Antifa-Gruppen auf.³⁸ Die PDS Saarland bietet eine Broschüre der linksextremistischen Antifa Saar³⁹ über Faschismus im

³² Vgl. <http://www.pds2002.de/kandidaten/liste>.

³³ Vgl. Bundesministerium des Innern (FN 31), S. 135.

³⁴ Vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Axel Fischer u.a., 7. Jan. 2002, Bundestags-Drucksache 14/7968.

³⁵ Vgl. Holger Zschoge, Antifaschismus wächst von unten, in: »Wer redet da von Entwarnung?« Berlin 1995, S. 141-144.

³⁶ Vgl. Norbert Madloch, Interview, in: Neues Deutschland v. 8. Okt. 1996.

³⁷ Vgl. Peter Russig, Der 1. Mai 2000 und 2001 - Extreme Linke und extreme Rechte in Sachsen, in: Backes/Jesse (Hrsg.) (FN 8), S. 155-168, hier S. 163.

³⁸ Aktuelle Beispiele: Aufruf zu Protesten gegen die Münchener Konferenz für Sicherheitspolitik am 7./8. Febr. 2003 in München durch mehrere Antifa-, DKP- und SDAJ-Gruppen mit PDS Bayern, Solid Bayern und PDS München; Aufruf zu einer Kundgebung »Für Abschiebestopp und Bleiberecht« am 20. April 2002 in Saarbrücken durch Antifa Saar, PDS Saarland, VVN-BdA u.a.

³⁹ Vgl. die Selbstdarstellung der Antifa Saar: <http://www.sandimgetriebe.de/antifa/antifaselbst.html>.

Saarland auf ihrer Internetseite zum Versand an.⁴⁰ Die enge Zusammenarbeit von »autonomen« Antifa-Gruppen und der PDS im Westen spiegelt den zumeist linksextremistischen und sektiererischen Hintergrund der West-PDS wider.⁴¹

Regelmäßig übernehmen PDS-Parlamentarier die Anmeldung von Versammlungen antifaschistischer Gruppen. Dies soll ihnen eine zusätzliche Öffentlichkeit geben sowie »einen gewissen Schutz vor schikanösen Auflagen, Behinderungen und Übergriffen der Polizei bieten«.⁴² Am 1. Mai 2001 trat die PDS-Bundestagsabgeordnete Angela Marquardt als Anmelderin einer Demonstration gegen das Verbot einer Gewalt-Demonstration der *Autonomen Antifa Berlin* (AAB) auf. Die PDS-Politikerin fungierte allerdings nur als offizieller Platzhalter für die AAB, die im Hintergrund die Fäden in der Hand hielt.⁴³ Ein weiterer denkwürdiger Fall ereignete sich in Thüringen, wo der innenpolitische Sprecher der PDS-Landtagsfraktion, Steffen Dittes, als Anmelder einer später verbotenen Demonstration (»Es gibt tausend Gründe Deutschland zu hassen!«) zum 3. Oktober 2001 auftrat.⁴⁴ Hinter der Demonstration stand die anarchistisch-kommunistische Erfurter Antifa-Gruppe *yafago* (Youth against Fascism and Government), die Teil der *Autonomen Thüringer Antifa-Gruppen* (ATAG) ist. Nach einer kontroversen öffentlichen Diskussion wurde Dittes als innenpolitischer Sprecher der Fraktion abgelöst.⁴⁵ Seine Gesinnung änderte Dittes nicht: Genau ein Jahr später nahm der Abgeordnete »als Privatperson« an einer Demonstration mit dem gleichen Motto teil.⁴⁶ Der PDS-Politiker hält auch weiter eine enge Verbindung zu linksextremistischen Antifa-Gruppen über seine Mitarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft »Antifa/Antira«.⁴⁷ Dittes kritisierte die eigene PDS-Fraktion, daß diese die Landesarbeitsgemeinschaft nicht nachhaltig genug unterstütze.⁴⁸ Unter dem Motto »Stärkung des zivilgesellschaftlichen Engagements« setzt sich die ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke für eine bedingungslose Zusammenarbeit mit »Antifa«-Gruppen ein: »Ich [habe] immer wieder darauf hingewiesen, daß antifa-

⁴⁰ Kein schöner Land – faschistische Strukturen und Aktivitäten im Saarland, http://www.pds-saar.de/Links/Nazis/body_nazis.html. Vgl. zur engen Zusammenarbeit zwischen PDS und »autonom« Antifa im Saarland auch: Verfassungsschutz im Saarland, Überblick über das Landesamt für Verfassungsschutz und seine Beobachtungsbereiche im Jahr 2002, <http://www.innen.saarland.de/9154.htm>.

⁴¹ Vgl. Patrick Moreau/Rita Schorpp-Grabiak/Bettina Blank, Die West-PDS als Gravitationsfeld eines linksextremistischen Pluralismus, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus, DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg i.Br. 2002, S. 330-353.

⁴² Ulla Jelpke, Mitglied des Deutschen Bundestages für die PDS, Arbeitsbericht 1998 bis 2002, S. 13, <http://www.ulla-jelpke.de/jelpke-arbeitsbericht.pdf>.

⁴³ Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2001, Berlin 2002, S. 170.

⁴⁴ Vgl. Kleine Anfrage der Abgeordneten Panse und Schwäblein (CDU) v. 6. Nov. 2001, Thüringer Landtag Drucksache 3/1968.

⁴⁵ Vgl. Thüringer Allgemeine v. 2. und 5. Okt. 2001.

⁴⁶ Vgl. Martin Debes, Alles nur Privatpersonen, in: Thüringer Allgemeine v. 17. Juli 2002.

⁴⁷ Allgemein zu Verbindungen zwischen PDS und Linksextremismus in Thüringen: Helmut Roewer, Antifaschismus: Zur Karriere eines politischen Kampfbegriffs, in: In guter Verfassung. Erfurter Beiträge zum Verfassungsschutz, Erfurt 1997, S. 29-55.

⁴⁸ Vgl. Steffen Dittes, Fraktion auf dem Weg auf die Zuschauerbank im Antifa-Bündnis, 31. Mai 2002, <http://www.steffen-dittes.de/PolitikLAG.htm>.

schistische Gruppen vor Ort der wichtigste – und meist auch der kompetenteste – Bündnispartner im Kampf gegen Rechts sind. Ihre Ausgrenzung und Diffamierung als linksextremistisch und gewalttätig ist ein grundfalsches Signal an Neonazis. Daher habe ich mich auf Veranstaltungen, Demonstrationen und in der Partei immer für eine breite Bündnispolitik und eine Zusammenarbeit mit Antifa-Gruppen eingesetzt.«⁴⁹ Diesen Kurs stützt die Parteivorsitzende Zimmer, die sich gegen die »Kriminalisierung von Antifa-Gruppen« wendet.⁵⁰ Dagegen hatte die *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* 1990 noch eine »klare Abgrenzung von jeglichen Formen offensiver Gewalt« gefordert.⁵¹ »Der Versuch, dem Rechtsextremismus mit linksextremistischen Methoden zu begegnen, untergräbt Rechtsstaatlichkeit und diskreditiert die antifaschistische Bewegung.«⁵² Diese klare Abgrenzung gegenüber der extremistischen Linken hat niemals Eingang in die Programmatik und Praxis der PDS gefunden. Stattdessen verfolgt die Partei heute vielmehr einen nahezu uneingeschränkten Solidarisierungskurs gegenüber »autonomen« Antifaschisten.

3. Antifaschismus in der Ideologie der PDS

Aus marxistischer Sicht wird bereits die Verwendung des Begriffes Rechtsextremismus als Provokation angesehen, weil dieser Begriff auch den Gegenbegriff des Linksextremismus impliziert.⁵³ Bezeichnend ist daher die bevorzugte Verwendung der Begriffe Faschismus, Neofaschismus oder Neonazismus für die Beschreibung aktueller politischer Phänomene in weiten Teilen der PDS. Der DDR-Historiker Kurt Pätzold, Mitglied des Sprecherrates des Marxistischen Forums der PDS, zeigt seine Distanzierung gegenüber dem Begriff Rechtsextremismus darin, daß er dieses Wort in Anführungszeichen setzt und zugleich die Vermutung aufstellt, daß die heutigen Faschisten nicht als Faschisten bezeichnet würden, weil dies »ihrer Tarnung und ihrer Behandlung, die durch Polizei und Justiz eingeschlossen«⁵⁴, zugute käme. Die Bezeichnung Rechtsextremismus wird in traditionalistischen Kreisen der PDS grundsätzlich als beschönigender Begriff für Faschismus abgelehnt.⁵⁵ Gegen die ausschließliche und inflationäre Verwendung des Faschismus-Begriffs zur Beschreibung von Phänomenen in der Bundesrepublik Deutschland gibt es bei den pragmatischen Kräften in der PDS Widerstand.⁵⁶ Sie nutzen lieber den Begriff Rechtsextremismus als »umfassendste Sammel-

⁴⁹ Jelpke (FN 42), S. 13.

⁵⁰ Vgl. Gabi Zimmer, Eröffnungsrede des Kongresses, in: Pau/Heilig (FN 21), S. 7-18.

⁵¹ Vgl. Böttcher/Madloch/Paff/Richter (FN 6), S. 6.

⁵² Zit. nach ebd.

⁵³ Vgl. Backes/Jesse (FN 5), S. 19.

⁵⁴ Kurt Pätzold, Geschichtliche und aktuelle Befunde zum »Rechtsextremismus«, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Heft 10/1998, S. 3-16.

⁵⁵ Vgl. Kurt Gossweiler, Faschismus und herrschende Klasse Gestern und Heute, in: Ebd., S. 20-27.

⁵⁶ Vgl. Norbert Madloch, Gegen politische Engstirnigkeit, in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 2/1998, S. 31 f.

bezeichnung für alle Kräfte [...] am äußerst rechten Rand der Gesellschaft«. ⁵⁷ Die Nutzung des Begriffs Rechtsextremismus durch Madloch und andere gemäßigte Kräfte in der PDS bedeutet aber keine Anerkennung der Extremismustheorie – auch wenn die Verwendung des Begriffs Rechtsextremismus eigentlich denklösig die Anerkennung des Extremismusbegriffs impliziert. ⁵⁸ Die PDS-Pragmatiker sind allerdings nicht die einzigen, die ausführlich vom Rechtsextremismusbegriff Gebrauch machen und zugleich die Extremismus-Formel ablehnen. ⁵⁹

1990 fand sich in einem Thesenpapier der *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* noch die bemerkenswerte Aussage: »Mit großer Betroffenheit nehmen wir die Tatsache auf und müssen sie politisch wie moralisch verarbeiten, daß es in den Formen und Methoden der Machtausübung, vor allem in der Mißachtung der Demokratie, in der Überwachungspraxis, in der Diktatur des Staates und einer Herrschaftsgruppe, im Führerkult, Ähnliches und Paralleles zwischen Staaten autoritären und militaristischen, ja sogar faschistischen Typs und denen des sozialistischen Versuchs gibt.« ⁶⁰ Die Formulierung war wohl eher Ausdruck für die Desorientierung in der programmatischen Entwicklung der PDS unmittelbar nach dem Fall der Mauer als für ein grundlegendes Umdenken in der Partei und wurde daher später nicht wieder aufgegriffen. Die Totalitarismus-Theorie, so heißt es heute, diene nur dazu, »den Faschismus zu verharmlosen und die DDR als das Reich des Bösen in der deutschen Geschichte zu verteufeln«. ⁶¹ Der antiextremistische Konsens des Grundgesetzes wird von der PDS weiterhin abgelehnt. ⁶² Linksextremismus bleibt für sie ein Tabu. Die Arbeit des Verfassungsschutzes wird per se als parteiiliche Arbeit gegen linke Politik beurteilt: »Der Gleichsetzung von links und rechts mit der Extremismus-Formel folgt praktisch das Gewährenlassen auf der rechten Seite und Repression und Kriminalisierung gegen links.« ⁶³ Die PDS will

⁵⁷ Norbert Madloch, Lexikalische Erläuterungen zu den im Rechtsextremismus-Teil verwandten Hauptbegriffen, in: Kinner/Richter (FN 17), S. 252-272.

⁵⁸ So auch Jürgen R. Winkler, Rechtsextremismus. Gegenstand - Erklärungsansätze - Grundprobleme, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Eine Bilanz, Opladen 2001, S. 41; Uwe Backes/Eckhard Jesse, Die »Extremismus-Formel«. Zur Fundamentalkritik an einem historisch-politischen Konzept, in: dies. (Hrsg.), Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Bd. 13, Baden-Baden 2001, S. 13-29.

⁵⁹ Vgl. Richard Stöss, Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, 3. Aufl., Berlin 2000, S. 20 f.; Gero Neugebauer, Extremismus – Rechtsextremismus – Linksextremismus. Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungsergebnissen, in: Schubarth/Stöss (FN 58), S. 13-37.

⁶⁰ Rolf Richter/Norbert Madloch/Manfred Otto/Reiner Zilkenat/Horst Dohle/Klaus Böttcher, Thesenentwurf, Der Antifaschismus, die PDS und die Auseinandersetzung unserer Zeit, Berlin 1991, Manuskript, S. 33 f.

⁶¹ Norbert Madloch, Methodologische Überlegungen zur Erforschung des heutigen Rechtsextremismus, in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 1/2002, S. 10-13.

⁶² Vgl. PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag, Handlungskonzept zur antifaschistischen Politik, Dresden 2003, S.2.

⁶³ Jelpke (FN 42), S. 10.

dem herrschenden Extremismus-Begriff mit einem »sozialistischen Antifaschismus«⁶⁴ oder einer »antifaschistisch orientierten Extremismus-Konzeption«⁶⁵ entgegentreten.

Im überarbeiteten Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm⁶⁶ wird in Kapitel IV »Veränderungen mit der PDS – Selbstveränderung der PDS« allgemein bekräftigt, daß die PDS »dem Erbe von Marx und Engels [...] kritisch verbunden« und »dem Antifaschismus verpflichtet« sei. In Kapitel III »Sozialistische Politik – Reformalternativen im Kampf um Gerechtigkeit« zeigt sich die PDS überzeugt, daß »das Wiederaufleben rechtsextremer und neonazistischer Kräfte aus der Mitte der Gesellschaft und aus der bewußten Mißachtung gegenüber der Aufgabe entsteht, allen Menschen ein soziales und menschenwürdiges Leben zu bieten.« Die PDS sieht die Ursache für den heutigen Rechtsextremismus in einem angeblichen Scheitern des demokratischen Verfassungsstaates und der sozialen Marktwirtschaft. Wenn die Partei außerdem fordert, im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Gewaltkriminalität nicht die repressive Funktion des Staates auszuweiten, sondern seine soziale Funktion »wiederherzustellen« und die Bürgerrechte auszuweiten, unterstellt die PDS, daß der Staat gegenwärtig seiner sozialen Funktion nicht nachkomme. Da die PDS bei der Bekämpfung von tatsächlichen oder vermeintlichen rechtsextremistischen Bestrebungen üblicherweise schnell mit repressiven Vorschlägen zur Stelle ist, erscheint die Forderung nach weniger Repression wenig glaubhaft. So forderte die PDS noch im Jahr 2000 auf dem Cottbuser Parteitag⁶⁷ das Verbot aller rechtsextremistischer Parteien und Organisationen sowie von Druck und Verbreitung »faschistischer Literatur«. Ähnlich setzte sich die PDS für eine Verschärfung des Strafrechts gegen Rechtsextremismus ein⁶⁸; sie will auch die Versammlungsfreiheit für Rechtsextremisten einschränken.⁶⁹

Ein grundlegender und richtungsweisender Beschluß unter dem Titel »Die PDS und der Antifaschismus« wurde auf der 1. Tagung des 7. Parteitages der PDS am 14. und 15. Oktober 2000 in Cottbus gefaßt. Ein Schwerpunkt der Resolution liegt in der Bewertung der Vergangenheit. »Der Sieg des Antifaschismus 1945« gehört nach Ansicht der PDS zu den »unverzichtbaren Grundlagen von Demokratie und Menschenrechten in Europa«. Zu Recht kritisiert der Historiker Werner Müller an dieser Formulierung, daß Demokratie und Men-

⁶⁴ PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag (FN 62), S.2.

⁶⁵ Ludwig Elm, Herkunft und Aufgabe, Elf Thesen zum Antifaschismus, in: Antifaschistische Rundschau Nr. 40, Oktober/Dezember 1999, S. 9-12.

⁶⁶ Nachfolgende Zitate nach PDS-Pressedienst Nr. 9 v. 28. Febr. 2003.

⁶⁷ Den Politikwechsel nachholen! Deutschland braucht mehr sozialistische Politik! Die PDS und die Wahlen 2002, Beschluß der 1. Tagung des 7. Parteitages der PDS am 14. und 15. Okt. 2000 in Cottbus.

⁶⁸ Vgl. Entwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes, 10. Mai 2000, Bundestags-Drucksache 14/3309; Antrag der Abgeordneten Ulla Jelpke u.a., Handeln gegen Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, 27. Sept. 2000, Bundestags-Drucksache 14/4145. Siehe auch: Wahlprogramm der PDS zur Bundestagswahl 2002, S. 37: »Wir fordern die konsequente strafrechtliche Verfolgung rassistischer und rechtsextremistischer, neonazistischer und nationalistischer Volksverhetzung und Gewalttaten.«

schenrechte nach 1945 nur in Westeuropa zur Durchsetzung kamen.⁷⁰ Offenbar ist aber die PDS der Auffassung, die Sowjetunion habe in dem von ihr besetzten Teil Europas in gleicher Weise gewirkt: Der »Sieg« bleibe ein »maßgeblicher Orientierungspunkt für die Anstrengungen in allen europäischen Ländern, Rassismus und Rechtsextremismus zu widerstehen.« Die PDS blendet die Errichtung von sowjetisch dominierten neuen totalitären Diktaturen in Osteuropa im unmittelbaren Anschluß an den Zweiten Weltkrieg vollkommen aus. Die DDR wird in der Cottbuser Antifaschismus-Resolution im Rückblick als das Land dargestellt, welches im Gegensatz zur Bundesrepublik konsequent mit der nationalsozialistischen Vergangenheit gebrochen habe: »Neofaschismus, Rassismus und Antisemitismus waren [...] keine gesellschaftlichen Probleme mehr.« Dagegen seien »Neonazismus, rechte Gewalt, Ausländerfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus [...] stets wesentliche und mehr oder weniger legale Bestandteile des politischen Systems der Bundesrepublik gewesen« – während sie in der DDR nur ihre »Nischen und versteckten Wirkungsmöglichkeiten« gehabt hätten. Dem traditionellen PDS-Milieu ging bereits diese Resolution zu weit. Die ehemaligen Spanien-Kämpfer Fred Müller und Fritz Teppich kritisierten, in der PDS-Resolution sei kein Wort der Distanzierung zu »undemokratischen Rechtsparteien« wie CDU und CSU zu finden und jeder Hinweis darauf fehle, daß »Rechtsextremisten vor allem in der CDU/CSU ihre Hauptausgangsbasis« hätten.⁷¹ Kritik wurde auch von der *Kommunistischen Plattform* geäußert.⁷² Die Frankfurter Rundschau bewertete die PDS-Resolution zum Antifaschismus sowie die Ablehnung des »elitären Antifaschismus« der DDR bereits euphorisch als Umwerben der politischen Mitte.⁷³ Diese Bewertung verkennt aber, daß die Resolution vom Cottbuser Parteitag immer noch eine klare und unmißverständliche Auseinandersetzung mit dem diktatorischen DDR-Regime vermissen läßt und sich stattdessen in Angriffen auf das politische System der Bundesrepublik Deutschland übt.

Den Höhepunkt der parlamentarischen Tätigkeit der PDS-Bundestagsfraktion bildete ein verfassungsändernder Antrag, mit welchem eine sogenannte »antifaschistische Klausel« in das Grundgesetz eingefügt werden sollte. Der im Januar 2001 von der PDS-Fraktion eingebrachte Gesetzentwurf sah vor, Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes folgendermaßen zu fassen:»(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, oder *nationalsozialistisches Gedankengut wieder zu beleben*, sind

⁶⁹ Vgl. Wolfgang Dietrich, Alle grundgesetzlichen Möglichkeiten nutzen, in: Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 1+2/2003, S. 66-72.

⁷⁰ Vgl. Werner Müller, Bruch oder Kontinuität? SED, PDS und ihr »Antifaschismus«, in: Agethen/Jesse/Neubert (FN 41), S. 363-376.

⁷¹ Vgl. Fallstricke, Eine Erklärung von Fred Müller und Fritz Teppich zur Antifaschismus-Resolution der PDS, in: Junge Welt v. 20. Okt. 2000.

⁷² Vgl. Stellungnahme des Berliner KPF-LandessprecherInnenrates v. 13. Febr. 2001.

⁷³ Vgl. Stephan Hebel, Gegen den elitären Antifaschismus, Neue PDS-Spitze umwirbt die politische Mitte, Frankfurter Rundschau v. 16. Okt. 2000, S. 4.

verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.«⁷⁴ Trotz des – angeblich – bereits vorhandenen antifaschistischen Charakters des Grundgesetzes sei eine ausdrückliche Verankerung des Verbots der Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts in der Verfassung erforderlich, da keine spezielle verfassungsrechtliche Vorsorge getroffen worden sei, um »einer Wiederbelebung faschistischer Bestrebungen vorzubeugen und Schranken zu setzen«. Der verfassungsändernde Gesetzentwurf der PDS fand bei den anderen im Bundestag vertretenen Parteien erwartungsgemäß keine Zustimmung. Positiv war das Echo für die PDS allerdings insoweit, als bei der anlässlich des Antrags durchgeführten Bundestagsdebatte nur die CDU/CSU auf den antiextremistischen Charakter des Grundgesetzes verwies und auf die Geschichte des Antifaschismus als politischer Kampfbegriff der Kommunisten aufmerksam machte.⁷⁵ Alle anderen Parteien hielten das Ziel der PDS – eine Stärkung des Antifaschismus – für richtig und nur den Weg einer Verfassungsänderung für nicht erforderlich.⁷⁶ Die von der PDS-Fraktion im Bundestag eingebrachte »antifaschistische Klausel« diente vor allem einem Zweck: Sie sollte das antifaschistische Profil der PDS in der Öffentlichkeit schärfen und deutlich zu machen, daß sie die einzig wahre antifaschistische Kraft im Parlament sei. Der Antrag und seine schriftliche Begründung verdeutlichten einmal mehr ein antifaschistisches Staatsverständnis der PDS, welches mit dem antiextremistischen Konsens des Grundgesetzes nicht vereinbar ist.⁷⁷

4. Antifaschismus als Strategie der PDS

Nach der PDS-Forscherin Viola Neu hat die Antifaschismus-Strategie der PDS im wesentlichen zwei konstitutive Elemente⁷⁸: den aktuellen »Kampf« gegen den Rechtsextremismus und die langfristige Umwandlung der Bundesrepublik unter dem Banner des Antifaschismus in einen nicht-parlamentarischen sozialistischen Staat. Wahlsoziologisch handele es sich um eine kurzfristige Akzeptanz- und eine langfristige Umwandlungsstrategie. Die Akzeptanzstrategie war der PDS vor allem nach der weitestgehenden Diskreditierung der SED von höchster Bedeutung. Die PDS mußte nach 1990 aus ihrer politischen und gesellschaftlichen Isolation ausbrechen, um politikfähig zu werden. Ein wichtiges Instrument war dabei die Bildung von bzw. die Beteiligung an antifaschistischen Bündnissen »gegen rechts«. Antifaschismus

⁷⁴ Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel), 22. Jan. 2001, Bundestags-Drucksache 14/5127.

⁷⁵ Plenarprotokoll 14/153, 16. Febr. 2001, S. 15028A-15035A. Vgl. auch Manfred Wilke, Die »antifaschistische« Republik – Die PDS strebt eine neue Lagerbildung an, in: Die politische Meinung Nr. 377 (April 2001), S. 65-69.

⁷⁶ Kritik an der geplanten Grundgesetz-Änderung kam allerdings auch von ganz links: Tim Engels, Mehr Antifaschismus ins Grundgesetz – oder ist weniger manchmal mehr?, in: Mitteilungen der Kommunistischen Plattform, Heft 3/2003, S. 26-33.

⁷⁷ Vgl. Moreau/Schorpp-Grabiak, Antifaschismus als Strategie der PDS, in Agethen/Jesse/Neubert (FN 41), S. 377-395, hier S. 388.

war bereits der wirksamste »integrative Faktor« der DDR – bezogen auf die ideologische Ebene.⁷⁹ Antifaschismus war und ist auch in der Bundesrepublik einer der zentralen politischen Vektoren der bündnispolitischen Anstrengungen der Partei.⁸⁰ Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus konnte sich die PDS als Verteidigerin der demokratischen Ordnung und Teil des Verfassungsbogens darstellen - besonders deutlich wurde dies bei der Großdemonstration am 9. November 2000.⁸¹ Auch wenn die PDS den »Aufstand der Anständigen« als »Reklameveranstaltung der Regierenden« kritisierte, konnte sie bei den zahlreichen Demonstrationen und Aktionen »gegen rechts« ihre Anerkennung als Bündnispartner im Kampf gegen die Feinde der Demokratie ausbauen.

Die Anerkennung der PDS als Partner der demokratischen Parteien im Kampf gegen Rechtsextremismus zeigt sich auch in der Beteiligung der Partei an dem interfraktionellen Antrag »Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt«⁸², der im März 2001 gemeinsam mit den Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Deutschen Bundestag eingebracht und verabschiedet wurde. Forderungen in diesem Antrag waren u.a. mehr Gelder für die »Opfer rechter Gewalt« sowie für Öffentlichkeitsarbeit gegen Rechtsextremismus⁸³ und ein Prüfauftrag zur Einrichtung einer Beobachtungsstelle für Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland. Dabei handelt es sich um langjährige Forderungen der PDS.

Starkes Engagement legt die PDS im Kampf gegen die rechtsextremistische NPD an den Tag. Bei Aufzügen der NPD steht die PDS regelmäßig auf der Seite der Gegendemonstranten. Die PDS unterstützte das Verbotsverfahren gegen die NPD. Sie war aber mit der Art und Weise der Verfahrensführung nicht einverstanden und übte scharfe Kritik an der Arbeit des Verfassungsschutzes.⁸⁴ Im Kampf gegen die NPD konnte sich die PDS einerseits als »Gralshüter des demokratischen Verfassungsstaates«⁸⁵ darstellen und andererseits die ihr schon lange suspekten Arbeit des Verfassungsschutzes kritisieren. Das Ergebnis der Akzeptanzstrategie der PDS läßt sich sehen. Die Partei ist heute in zwei Landesregierungen vertre-

⁷⁸ Viola Neu, Strategische Bedeutung des »Antifaschismus« für die Politik der PDS, in: Agethen/Jesse/Neubert (FN 41), S. 396-405.

⁷⁹ Vgl. Bernd Faulenbach, Einführung zur 30. Sitzung der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« am 5. März 1993, in: Materialien der Enquete-Kommission (FN 1), Band III, S. 101-110. Siehe auch: Manfred Wilke, Antifaschismus als Legitimation staatlicher Herrschaft in der DDR, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus, Texte zur Inneren Sicherheit, Bonn 1990, S. 52-64.

⁸⁰ Vgl. Moreau/Schorpp-Gabiak (FN 21), S. 176.

⁸¹ So auch Wilke (FN 75).

⁸² Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt, Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und PDS, 6. März 2001, Bundestags-Drucksache 14/5456.

⁸³ Nach Ansicht der PDS wird für private Initiativen gegen den Rechtsextremismus allerdings immer noch viel zu wenig Geld zur Verfügung gestellt. Vgl. Ulla Jelpke, Erklärung nach § 31 GO zur Abstimmung über den Antrag: Gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt (Bundestags-Drucksache 14/5456), Plenarprotokoll, 14. WP, 162. Sitzung, 30. März 2001, S. 15866.

⁸⁴ Vgl. Petra Pau, Nicht nur das Verfahren ist verfahren, in: Disput, Heft 3/2003, S. 22 f.; dies., Geheimdienste und Rechtsextremismus zurückdrängen, in: Pressemitteilung v. 18. März 2003.

⁸⁵ Eckhard Jesse, Die Tabuisierung des Extremismusbegriffs, in: Die Welt v. 4. Febr. 2002.

ten. Regelmäßig bekommen PDS-Politiker Auftritte in den Medien. Die PDS wird in weiten Kreisen der Bundesrepublik und fast überall in den neuen Bundesländern, wo sie fest im vopolitischen Raum verankert ist, als Teil des Verfassungsbogens angesehen.

Immer wieder verbindet die PDS Angriffe gegen Rechtsextremisten mit Angriffen gegen Konservative. Teile der PDS neigen dazu, alle politischen Positionen rechts von der Mitte unter potentiellen Faschismus-Verdacht zu stellen. Insbesondere in der Ausländerpolitik wird jede politische Forderung, die nicht zu einer Verbesserung der Rechte von Ausländern führt, als Förderung von Rassismus und Neofaschismus eingeordnet. In der Asyldebatte zu Beginn der neunziger Jahre wurde selbst die SPD durch die PDS in den Verdacht der Nähe zum Neofaschismus gesetzt.⁸⁶ Aus den Reihen von CDU und CSU kämen immer wieder Forderungen, die »Vorlagen für rechtsextremistische Parteien« seien.⁸⁷ Die Bundesregierung Kohl hätte »neu-rechte Denkfabriken und Stiftungen eingerichtet und diese großzügig finanziert« und würde außerdem mit ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik für eine hohe Arbeitslosigkeit verantwortlich sein: »Das Erstarken rechtsextremer Parteien ist damit auch ein Ergebnis der Kohl-Ära.«⁸⁸ Gemeinsam mit Antifa-Gruppen riefen PDS-Verbände zu Protesten gegen die Schill-Partei auf, der die Verbreitung von »rassistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Parolen«⁸⁹ zur Last gelegt wurde. Etwas eleganter und wissenschaftlich verbrämt fertigte der Marburger Politikwissenschaftler Wiegel für den PDS-Bundestagswahlkampf 2002 eine Broschüre, in welcher er die personelle und inhaltliche Nähe zwischen CDU und CSU einerseits und Rechtsextremisten andererseits zu belegen versuchte.⁹⁰ Regelmäßige Angriffe richtet die PDS auch gegen Vertriebenenverbände und Studentenverbindungen.⁹¹ Dabei findet nur sehr selten eine Differenzierung zwischen rechtsextremistischen Funktionären und Tendenzen in einzelnen Verbänden und der nichtextremistischen Gesamtheit der Verbände statt. Derartige Angriffe gegen bürgerlich-konservativ geprägte Parteien und Verbände knüpfen nahtlos an die kommunistische Antifadoktrin an, nach welcher alle bürgerlichen Kräfte letztlich mit den Faschisten gemeinsame Sache machen.

Immer wieder verbindet die PDS ihren Antifaschismus mit grundlegenden Angriffen auf das herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Die soziale Marktwirtschaft firmiert für die PDS vorzugsweise als »Neoliberalismus« oder »Marktradikalismus«. In PDS-nahen Publikationen wird »Neoliberalismus« zur neuen wirtschaftspolitischen Konzeption

⁸⁶ Vgl. Ulla Jelpke, »Der Herren eigener Geist«, Kongreßvortrag, in: »In der Diskussion Neofaschismus.« (FN 10), S. 4-7.

⁸⁷ Bundestagsgruppe der PDS, Nazis raus aus den Köpfen, Bonn 1998.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Flugblatt der PDS Wesel v. 27. April 2002, http://www.pds-moers.de/aktuell/2002/april/0427schill_a1.htm. Vgl. Rheinische Post v. 1. Mai 2002.

⁹⁰ Vgl. Gerd Wiegel, Die Union und der rechte Rand, Zur Strategie der CDU/CSU-Fraktion im Umgang mit Parteien der extremen Rechten, hrsg. von der PDS-Bundestagsfraktion, Berlin 2002.

⁹¹ Vgl. Ulla Jelpke (FN 42), S. 5.

des Rechtsextremismus erklärt⁹² - und damit jede »neoliberale« Wirtschaftspolitik potentiell unter den Verdacht des Rechtsextremismus gestellt. Die bayerische PDS-Bundestagsabgeordnete Bulling-Schröter erklärte: »Im Kern ist die Durchsetzung des Neoliberalismus der Totengräber der Demokratie und die Vorbereitung für die Übernahme faschistoider Herrschaftsformen.«⁹³ Zu den Bundestagswahlen 2002 äußerte die PDS: »Bedingungen und Ursachen des Neofaschismus liegen in der Mitte der Gesellschaft. Eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die auf Konkurrenz, Profitmaximierung und Ausgrenzung basiert, ist wesentlich für neofaschistische Tendenzen verantwortlich.«⁹⁴ Wer die »neoliberale« soziale Marktwirtschaft zur wesentlichen Ursache für heutigen Rechtsextremismus erklärt, entwickelt eine modernisierte Dimitroff-Formel für das 21. Jahrhundert.

5. Abschließende Überlegungen

Es bleibt abzuwarten, was der altersbedingte schrittweise Rückzug der ersten Generation für die zukünftige Entwicklung der *AG Rechtsextremismus/Antifaschismus* bedeutet und welche Auswirkungen dies wiederum auf den Antifaschismus der Gesamtpartei haben wird. Der Abschied der älteren PDS-Generation, deren politisches, berufliches und gesellschaftliches Leben durch die DDR geprägt wurde, dürfte zu einem Rückgang der Bedeutung des theoretischen PDS-Antifaschismus führen, der sich stark rückwärtsgewandt immer wieder der Rechtfertigung der DDR widmete. Stattdessen ist mit der Zunahme an jüngeren Funktionären, die eigene Erfahrungen in der Antifa-Arbeit besitzen, von einem stärkeren Praxis- und Gegenwartsbezug des PDS-Antifaschismus auszugehen.

Die Zukunft der antifaschistischen Arbeit der PDS steht in engem Zusammenhang mit der programmatischen Gesamtausrichtung der Partei. Sollten sich die traditionalistischen Kräfte durchsetzen, ist mit einer Stärkung des orthodox-kommunistischen Antifaschismus in der PDS zu rechnen. Bei einem Erfolg der reformerisch orientierten Kräfte, ist eine sanfte Weiterentwicklung der pragmatischen Ansätze im PDS-Antifaschismus zu erwarten.

Obwohl die gemäßigte antifaschistische Strömung in der PDS bereits heute zu Forschungsergebnissen kommt, die auch aus der Sicht der Extremismustheorie durchaus von Wert sein können, ist die Partei als Ganzes derzeit kein zuverlässiger und glaubwürdiger Partner in der politischen Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Dies gilt so lange, wie die PDS in der eigenen Partei Kräfte duldet oder mit Kräften zusammenarbeitet, die unter der Bezeichnung Antifaschismus frontale Angriffe auf den demokratischen Verfas-

⁹² Vgl. Ralf Ptak, Rechtsextremismus und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: Autorenkollektiv, *Wie rechts ist der Zeitgeist?*, Texte von der antifaschistischen Konferenz in Salzgitter, Berlin 1997, S. 239-249.

⁹³ Eva Bulling-Schröter, Faschisten sind die Profiteure des Neoliberalismus, Rundbrief der AG Rechtsextremismus/Antifaschismus, 1/1998, S. 2.

sungsstaat und die soziale Marktwirtschaft richten. Wer als Demokrat Bündnisse »gegen rechts« mit der PDS eingeht, muß sich den Vorwurf gefallen lassen, die Abgrenzung des demokratischen Verfassungsstaates gegenüber Linksextremisten aufzuweichen.